

# Kritische Verantwortung

## Der Verantwortungsbegriff in den Stader Debatten über Atomenergie

von CHRISTIAN GÖTTER

### Überblick

In diesem Beitrag stehen die öffentlichen Debatten über die Kernenergie im niedersächsischen Stade im Zentrum, wo Ende der 1960er Jahre eines der ersten kommerziellen Kernkraftwerke der Bundesrepublik errichtet wurde. Es wird deutlich, dass der Begriff der Verantwortung bis zum Ende des Untersuchungszeitraums in den 1980er Jahren von Wissenschaftlern, Politikern, Wirtschaftsvertretern, Journalisten und einfachen Bürgern verwendet wurde, um sich für oder gegen Kernkraft auszusprechen. Beide Seiten, vor allem aber die Gegner der Kernenergie, so die These, nutzten den Begriff in der politischen Auseinandersetzung, um die eigene Berechtigung und sogar Verpflichtung zur Teilnahme an der Debatte darzulegen, um die eigene Position zu legitimieren und um die Position ebenso wie die Äußerungen der anderen Seite anzugreifen. Der Umfang, in dem der Begriff verwendet wurde, ebenso wie die damit verbundenen Bedeutungen, wurde über den Untersuchungszeitraum hinweg schubweise ausgeweitet. Die konkreten Auslöser dieser Ausweitung waren drei besondere Krisensituationen der Atomkraft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in den Jahren 1978/1979, 1986 und 1987/1988. Sie gingen einher mit einer in den 1970er Jahren beginnenden intensiven moralphilosophischen Auseinandersetzung mit dem Verantwortungsbegriff, die sich nicht zuletzt in Hans Jonas' *Prinzip Verantwortung* niederschlug, ohne jedoch direkt auf diese Entwicklung Bezug zu nehmen.

### Abstract

This article focuses on the public debates about nuclear energy in Stade in Lower Saxony, Germany. One of the country's first commercial nuclear power plants was constructed there in the late 1960s. The article covers the years up to the 1980s, illustrating that scientists, politicians, businessmen, journalists and citizens used the term "responsibility" to position themselves within the debate about nuclear energy, whether they were defending the concept or rejecting it. I argue that both sides—particularly the objectors—used the notion of "responsibility" in their political dispute to demonstrate their right, and even their obligation to speak up, in order to legitimate their respective positions and to attack the opposing point of view and argumentation. Usage

of the term increased over the years, and different broader interpretations got introduced into the debate. Three local, national and international crises in the years 1978/79, 1986 and 1987/88 served as catalysts in this expansionary usage. They coincided with the intense philosophical debate about the concept of responsibility in the 1970s, characterized not least by Hans Jonas's 'The Imperative of Responsibility'—albeit without making any explicit reference to those theoretical deliberations.

### **Einleitung: Verantwortung im Atomzeitalter – und in Stade**

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts entspann sich eine internationale Debatte über das Verhältnis von Verantwortung und Technik. Sie wurde ebenso von Wissenschaftlern wie von Technikern geführt und entzündete sich vor allem an Atomwaffen, Bio- und Informationstechnologien sowie der Chemieindustrie. Überdies stand die Frage nach der Rolle der Planung im Raum angesichts einer Menschheit, deren bloßer Fortbestand ohne den gezielten Einsatz von Technologien nicht länger möglich schien, die gewissermaßen zu einem kybernetischen Organismus geworden war.<sup>1</sup> Auch die zivil genutzte Kernenergie spielte in diesen Debatten eine – wenn auch eher randständige – Rolle.<sup>2</sup> Dies gilt bereits für Hans Jonas, dessen *Prinzip Verantwortung* die ethisch-moralische Technikdebatte 1979 zwar nachhaltig prägte, der die Atomkraft aber nur unter ferner liefen behandelte.<sup>3</sup>

Es geht in diesem explorativen Beitrag nicht um die Diskussionen über Verantwortung und Technik, die in akademischen Kreisen oder von Ingenieurs- und Technikergesellschaften geführt wurden.<sup>4</sup> Stattdessen beleuchte

1 Vgl. Verein Deutscher Ingenieure, Bekenntnis des Ingenieurs (1950), abgedruckt in: Hans Lenk u. Günter Ropohl (Hg.), Technik und Ethik, Stuttgart 1987, S. 280 (mit Dank an Klaus Latzel); Carl Friedrich von Weizsäcker, Atomenergie und Atomzeitalter. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt a.M. 1957; ders., Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1978 (Original 1957); Hans Jonas, Technik, Medizin und Ethik. Praxis des Prinzips Verantwortung, Frankfurt a.M. 1987 (Original 1985); Hans Lenk, Über Verantwortungsbegriffe und das Verantwortungsproblem in der Technik, in: ders. u. Günter Ropohl (Hg.), Technik und Ethik, Stuttgart 1987, S. 112–148; Ulrich Glotzbach, Technikstil und Gestalt. Zur Ethik gestaltenden Handelns, Hamburg 2006, S. 163. Zum Argument für eine nahezu grundsätzliche Unteilbarkeit von menschlicher Kultur und Technik vgl. Martina Heßler, Kulturgeschichte der Technik, Frankfurt a.M. 2012, S. 8–16.

2 Dieter Birnbacher, Kernenergie, in: Armin Grunwald (Hg.), Handbuch Technikethik, Stuttgart 2013, S. 303–308, hier S. 303.

3 Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt a.M. 1979 (mit Dank an Klaus Latzel); Jan C. Schmidt, Prinzip Verantwortung, in: Armin Grunwald (Hg.), Handbuch Technikethik, Stuttgart 2013, S. 143–148.

4 Mit zwiespältigen Ergebnissen vgl. Micha H. Werner, Verantwortung, in: Armin Grunwald (Hg.), Handbuch Technikethik, Stuttgart 2013, S. 38–43; für die Geschichte entsprechender Debatten mit Fokus auf den USA siehe P. Aarne Vesilind, Engineering Peace and Justice. The Responsibility of Engineers to Society, London 2010, S. 85–99; sehr anschaulich zur Frage der Verantwortung von Experten auf dem Gebiet der Kernenergie Jacob Darwin Hamblin, Poison in the Well. Radioactive Waste in the Oceans at the Dawn of the Nuclear Age, New

ich im Folgenden die öffentlichen politischen Debatten über die Kernenergie, die in der niedersächsischen Hansestadt Stade zwischen den späten 1960er Jahren und 1989 geführt wurden. Als Quellen dienen primär lokale Medien, namentlich das Stader Tageblatt, und die Überlieferung lokaler parlamentarischer Gremien. Die Zeitungsartikel entstammen dabei im Wesentlichen Zeitungsausschnittsammlungen des Stadtarchivs Stade, die zu Unternehmen vor Ort oder auch speziell zu Fragen der Kernenergie angelegt wurden. Die diesen Sammlungen zugrunde liegenden Auswahlkriterien waren dabei offenbar weit gefasst, so dass davon ausgegangen werden kann, dass für die lokale politische Auseinandersetzung relevante Stellungnahmen enthalten sind. Wesentliche Beiträger waren vor allem Redaktionsmitglieder, ab den späteren 1970er Jahren aber auch Verfasser/innen von Leserbriefen, Mitglieder der kommunalen parlamentarischen Gremien und der lokalen Verwaltung. Diese Untersuchung mit Fokus auf Stade ist Teil einer im Entstehen befindlichen, international vergleichenden Lokalstudie zur Wahrnehmung der Kernenergie an Standorten von Kernkraftwerken. Die weiter gefasste, kulturgeschichtlich angelegte Untersuchung soll herausarbeiten, wie Menschen, für die Kernenergie zu einem Teil des alltäglichen Lebens gemacht wurde, diese wahrnahmen und wie sie sich öffentlich zu ihr und der Kernenergiepolitik positionierten; hatte doch die öffentliche Wahrnehmung von und Haltung zu Technologien immer wieder Konsequenzen für deren Anwendung und auch die zugrunde liegenden und weiterführenden Forschungen.<sup>5</sup> Entsprechend wurde sie schon in den 1970er Jahren zum Ziel sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, die nicht selten Auftragsarbeiten der Bundesregierung waren.<sup>6</sup> Die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung der Kernenergie begann in den 1980er Jahren.<sup>7</sup> In Deutschland beleuchtete Joachim Radkau in seiner Habilitationsschrift nicht zuletzt die Perspektiven der wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure.<sup>8</sup> Verstärkt wurde Kernenergie allerdings erst ab den 2000er Jahren zum Untersuchungsgegenstand. Im Fokus stehen seitdem vor allem kernenergiekritische Gruppen und

---

Brunswick u. London 2009; Jacob Darwin Hamblin, Arming Mother Nature. The Birth of Catastrophic Environmentalism, Oxford 2013.

- 5 Vgl. zu entsprechenden Rückwirkungen auf die Technikentwicklung Hans Kraft, Der Einfluß des öffentlichen Bewußtseins auf die Wissenschafts- und Technikentwicklung, in: Matthias Gatzemeier (Hg.), Verantwortung in Wissenschaft und Technik, Mannheim 1989, S. 157–164.
- 6 Vgl. Shirley van Buren (Hg.), Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn 1975.
- 7 Zu nennen ist insbesondere die primär auf US-amerikanischer, tendenziell aber internationaler Ebene angesiedelte Studie von Spencer R. Weart, Nuclear Fear. A History of Images, Cambridge u.a. 1988.
- 8 Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek b. Hamburg 1983.

Proteste<sup>9</sup> sowie Orte, an denen es zu schwerwiegenden Unfällen gekommen war – namentlich Tschernobyl.<sup>10</sup> Andere Aspekte, etwa die symbolische Kommunikation oder die Perspektiven der Kernenergiewirtschaft, bleiben im Vergleich dazu randständig.<sup>11</sup> Beinahe gänzlich unberücksichtigt bleiben auch

- 
- 9 Vgl. Jens Ivo Engels, Gender Roles and German Anti-Nuclear Protest. The Women of Wyhl, in: Christoph Bernhardt u. Geneviève Massard-Guilbaud (Hg.), *Le Démon Moderne. La Pollution Dans les Sociétés Urbaines et Industrielles d'Europe*, Clermont-Ferrand 2002, S. 407–427; Andreas Kühn, Kalkar 1977. Anti-Atomkraft-Bewegung und Polizei im Wandel, in: *Geschichte im Westen* 22, 2007, S. 269–289; Andrew Tompkins, Transnationality as a Liability? The Anti-Nuclear Movement at Malville, in: *Revue belge de philologie et d'histoire* 89, 2011, S. 1365–1379; Stephen Milder, „Today the Fish, Tomorrow Us“: Anti-Nuclear Activism in the Rhine Valley and Beyond, 1970–1979, Diss., Chapel Hill 2012; Astrid Mignon Kirchhof, Frauen in der Antiatomkraftbewegung. Am Beispiel der Mütter gegen Atomkraft, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 64, 2013, H. 2, S. 48–57; vgl. in diesem Kontext auch Sarah E. Summers, ‚Thinking Green!‘ (And Feminist) Female Activism and the Greens from Wyhl to Bonn, in: *German Politics and Society* 33, 2015, H. 4, S. 40–52; Jan-Henrik Meyer, „Where do we go from Wyhl?“ European and International Organizations as Focal Points for Transnational Anti-nuclear Protest in the 1970s, in: *Historical Social Research* 39, 2014, H. 1, S. 212–235; Stephen Milder, Between Grassroots Activism and Transnational Aspirations. Anti-Nuclear Protest from the Rhine Valley to the Bundestag, 1974–1983, in: *Historical Social Research* 39, 2014, H. 1, S. 191–211; Andrew Tompkins, Grassroots Transnationalism(s). Franco-German Opposition to Nuclear Energy in the 1970s, in: *Contemporary European History* 25, 2016, H. 1, S. 117–142; die Debatten innerhalb der Kirchen beleuchtet Michael Schüring, ‚Bekennen gegen den Atomstaat‘. Historische und religiöse Codierungen im kirchlichen Protest gegen die Atomenergie in den 70er und 80er Jahren, in: Jochen Ostheimer u. Markus Vogt (Hg.), *Die Moral der Energiewende. Risikowahrnehmung im Wandel am Beispiel der Atomenergie*, Stuttgart 2014, S. 230–243; Michael Schüring, ‚Bekennen gegen den Atomstaat‘. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990, Göttingen 2015.
- 10 Vgl. vor allem Melanie Arndt, Verunsicherung vor und nach der Katastrophe. Von der Anti-AKW-Bewegung zum Engagement für die ‚Tschernobyl-Kinder‘, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7, 2010, H. 2, S. 240–258; dies., *Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR*, Erfurt 2011; Karena Kalmbach, *Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur*, Frankfurt a.M. 2011; Melanie Arndt u. Margarethe Steinhausen (Hg.), *Wir mussten völlig neu anfangen. Opfer der Tschernobylkatastrophe berichten*, Bielefeld 2011; Melanie Arndt, *Tschernobyl in Deutschland*, in: Bernd Greiner, Tim B. Müller u. Klaas Voß (Hg.), *Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013, S. 364–382; Melanie Arndt (Hg.), *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. (Ost-)Europäische Perspektiven*, Berlin 2016.
- 11 Zuletzt wurden sie etwa in den Blick genommen von Michael Schüring, Advertising the Nuclear Venture. The Rhetorical and Visual Public Relation Strategies of the German Nuclear Industry in the 1970s and 1980s, in: *History and Technology* 29, 2013, H. 4, S. 369–398; ders., Symbole der Hoffnung, Boten der Angst. Die Einstellung zum Atom hat sich verändert, in: *Kultur & Technik*, 2013, H. 3, S. 36–39; vgl. auch Dolores L. Augustine, Learning from War. Media Coverage of the Nuclear Age in the Two Germanies, in: Dick van Lente (Hg.), *The Nuclear Age in Popular Media. A Transnational History, 1945–1965*, New York 2012, S. 79–116; Holger Nehring, ‚Atomzeitalter‘. Die Debatten um Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre, in: Hendrik Erhardt u. Thomas Kroll

diejenigen Menschen, die alltäglich mit geplanten, gebauten und schließlich betriebenen Kernkraftwerken in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft leben mussten. Nur selten werden sie in den Blick genommen, wenn sie nicht Teil einer – schon von den zeitgenössischen Medien beachteten – Initiative gegen die Kernkraft oder durch einen Unfall direkt betroffen waren. Dennoch werden sie nicht selten argumentativ mit herangezogen, wenn etwa die Ausweitung der Proteste gegen die Kernenergie in den 1970er Jahren erklärt werden soll. So vermuten etwa Astrid Mignon Kirchhof und Jan-Henrik Meyer, dass einer der Gründe für die vermehrten Antikernkraftproteste ab den 1970er Jahren gewesen sei, dass durch zahlreiche neue Projekte mehr Menschen mit der Technologie in Berührung kamen.<sup>12</sup> Um diese Frage beantworten zu können, ist es unumgänglich, die Bevölkerung der Standortgemeinden von Kernkraftwerken in den Blick der Forschung zu rücken, an denen es keine ausgeprägten Protestbewegungen gab – was für nicht wenige Standorte zutrifft.<sup>13</sup> Die vorliegende Studie soll einen Beitrag dazu leisten, dieses Ungleichgewicht in der Forschung zu beheben.

Für Stade, wo von 1972 bis 2003 eines der ersten kommerziellen Atomkraftwerke der BRD betrieben wurde, ergeben sich drei wesentliche Befunde. Zum einen wurde der Verantwortungsbegriff mit Bezug auf die Kernenergie zunehmend als politischer Kampfbegriff verwendet, mit dessen Hilfe Debattenbeiträge legitimiert und Positionen begründet beziehungsweise angegriffen wurden. Hierfür eignete er sich besonders gut, weil Kernenergiegegner und -befürworter unterschiedliche Formen des Begriffs in ihrem jeweiligen Sinne nutzen konnten.<sup>14</sup> In aller Regel meinten Kernenergiebefürworter, wenn sie von Verantwortung sprachen, eine spezifische, formale Verantwortung, während die Kernenergiekritiker tendenziell von einer universellen, moralischen Verantwortung sprachen.<sup>15</sup> Freilich war eine gelingende Kommunikation so kaum möglich.<sup>16</sup> Missverständnisse waren programmiert, musste doch eine moralische Verantwortung letztlich unteilbar sein,<sup>17</sup> während formale, teilbare Verantwortungsbereiche gerade dazu dienen konnten, eine solche universelle

---

(Hg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 223–243.

- 12 Astrid Mignon Kirchhof u. Jan-Henrik Meyer, Global Protest against Nuclear Power. Transfer and Transnational Exchange in the 1970s and 1980s, in: Historical Social Research 39, 2014, H. 1, S. 165–190, hier S. 177f.; ähnlich auch Milder 2012 (wie Anm. 9), S. 178f.; Schüring 2015 (wie Anm. 9), S. 288.
- 13 Vgl. Ute Hasenöhrl, Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980, Göttingen 2011, S. 404f.
- 14 Vgl. zur Begriffsentwicklung Walther Ch. Zimmerli, Wandelt sich die Verantwortung mit dem technischen Wandel?, in: Lenk/Ropohl (wie Anm. 1), S. 92–111, vor allem S. 99–103.
- 15 Zu dieser für die Analyse relevanten Unterscheidung vgl. Lenk (wie Anm. 1), S. 112.
- 16 Vgl. dazu auch Hasenöhrl (wie Anm. 13), S. 407.
- 17 Hans Lenk, Verantwortung in der Technik, in: Zeitschrift für medizinische Ethik 39, 1993, S. 131–142, hier S. 134f.

Verantwortung zu vermeiden und die moralische Ebene zu neutralisieren.<sup>18</sup> Zum anderen lässt sich beobachten, dass sich die Stader Debatten über die Verantwortung mehr oder weniger parallel zu den eingangs erwähnten (inter-) nationalen Diskussionen entwickelten. Sie waren allerdings nicht an diesen orientiert, sondern in ihren Hochphasen durch lokale, nationale und internationale Vorfälle und Skandale rund um die Atomenergie geprägt. Drittens schließlich bleibt festzuhalten, dass die lokale Verantwortungsdebatte, in der die Kernenergiegegner mit ihrer Lesart des Begriffs die Oberhand gewannen, auf den praktischen Umgang mit der Atomtechnologie keinen nennenswerten Einfluss hatte. Dies lag sicherlich daran, dass die Entscheidungen über das lokale Kernkraftwerk letztlich nicht auf der lokalen Ebene gefällt wurden. Allerdings ist auch festzustellen, dass der Verantwortungsbegriff in den lokalen Debatten zur Kernenergie eine eher randständige Rolle einnahm – ähnlich also wie die zivil genutzte Kernenergie in der von Hans Jonas angestoßenen Verantwortungsdebatte.

### **Formal verantwortbare Atomenergie: Die 1970er Jahre**

In der Frühzeit des Stader Atomkraftwerks spielte der Begriff der Verantwortung selbst in den lokalen Debatten kaum eine Rolle – und wenn er verwendet wurde, wurde er im Allgemeinen nicht auf das Kernkraftwerk Stade (KKS) bezogen. Dieses war, wie bereits erwähnt, eines der ersten kommerziellen deutschen Atomkraftwerke. Es stand am Beginn eines regelrechten Reaktor-Baubooms in der Bundesrepublik. Neben den Energieversorgungsunternehmen interessierten sich auch energieintensive Industrien für die neue Möglichkeit der Stromerzeugung. Zu ihnen zählte die BASF, die plante, auf ihrem Werksgelände in Ludwigshafen ein eigenes Kernkraftwerk zu errichten. Der Plan war sehr umstritten und scheiterte letztlich an Sicherheitsüberlegungen, was Kritiker der neuen Technologie hellhörig werden ließ. Dies war der Anlass, deutlich an der Sicherheit der Kernkraftwerke zu zweifeln und führte dazu, die Sicherheitsauflagen für deutsche Kernkraftwerke zu erhöhen.<sup>19</sup> Am Beispiel dieser Pläne wurde auch in Stade kurz über Verantwortung im Kontext der Kernenergie diskutiert, während das KKS selbst noch im Bau war. Verantwortung wurde dabei im Sinne einer formalen und teilbaren Zuständigkeit verstanden. Es schien zudem völlig außer Frage zu stehen, dass die zuständigen Stellen dieser Verantwortung gerecht würden. Das galt für die Behörden ebenso wie für die Betreiber in spe. Letzteren bescheinigte Dieter F. Hertel, Mitarbeiter des Stader Tageblatts, ihre Aufgabe gut zu erfüllen. So sprach er anerkennend davon, dass die Firma „aus eigener Verantwortung bereit gewesen sei, fünf zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die weit über die

18 Lenk (wie Anm. 1), S. 123f., gestützt auf John Ladd, Philosophical Remarks on Professional Responsibility in Organisations, in: Applied Philosophy 1, 1982, H. 2, S. 1–13, hier S. 8.

19 Joachim Radkau u. Lothar Hahn, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013 (überarbeitete Fassung der Habilitationsschrift Radkaus von 1983), S. 263–267.

bei anderen Kernkraftwerken im In- und Ausland geforderten Sicherheitsvorrichtungen hinausgehen, um für die Umgebung einen sicheren Schutz zu gewährleisten.“<sup>20</sup> Dennoch traten die Pläne der BASF auf der Stelle, da sie von Seiten der Bundesregierung verzögert wurden. Hertel war überzeugt, dass die Verzögerung angesichts der positiv konnotierten Verantwortungsübernahme des Unternehmens nicht als Hinweis auf mögliche Risiken eines Reaktors in der Nachbarschaft verstanden werden könne: „An Sicherheitsmängeln kann es also wohl nicht liegen. Es wäre ja auch wirklich kaum einzusehen, warum man Kernkraftwerke bei Stade, Brunsbüttel, Geesthacht und Biblis bauen darf und in Ludwigshafen nicht.“<sup>21</sup> Es steht zu vermuten, dass es Hertel mit seiner positiv konnotierten Beschreibung des verantwortungsvoll handelnden Unternehmens auch darum ging, eventuelle Sicherheitsbedenken im Hinblick auf das Stader Kraftwerk zu zerstreuen.

In den folgenden Jahren blieb der Verantwortungsbegriff in den öffentlichen Stader Kernenergiediskussionen auf den Bedeutungsraum formaler Zuständigkeiten begrenzt und positiv konnotiert. Das galt selbst für explizit kernenergiekritische Mitarbeiter des Stader Tageblatts wie Heiko Tornow. Dieser verwendete den Begriff ‚Verantwortung‘ in einem Artikel zur Einlagerung von Atommüll in der Asse 1977, um darauf hinzuweisen, dass hier allein schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden sollten, nicht jedoch ausgebrannte Brennelemente: „Die Asse ist als Endlagerstätte für den hochradioaktiven Müll nicht geeignet, das geben die Verantwortlichen unumwunden zu.“<sup>22</sup> Auch wenn Tornow Atommüll an sich als ein großes und längst nicht gelöstes Problem betrachtete – insbesondere die hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus Kernkraftwerken – leitete er aus diesem Umstand keine Kritik an denen ab, die vor Ort in der Asse für die Einlagerung zuständig waren. Er berief sich hier vielmehr auf ihre Kompetenz als Verantwortliche, um zu verdeutlichen, dass trotz der Asse die Frage nach dem Umgang mit hochradioaktivem Müll weiterhin bestand.

„Verantwortung“ war in dieser frühen Phase der Stader Debatten über Kernenergie im Wesentlichen ein normativer Begriff, der formale (Teil-)Zuständigkeiten abbildete. Der Eindruck der Kompetenz schwang mit, wenn über die Verantwortung der Akteure der Atomwirtschaft gesprochen wurde. Damit wurde der Begriff hier durchaus anders verwandt als im Kontext der bekannteren Auseinandersetzungen um die Kernenergie in Wyhl oder Brokdorf. Allerdings wurde neben dieser Lesart des Verantwortungsbegriffs in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auch in Stade bereits eine weitere sichtbar,

20 Dieter F. Hertel, Kernkraftwerk-Entscheidung um zwei Jahre vertagt – warum?, in: Stader Tageblatt vom 3.9.1970.

21 Ebd.

22 Heiko Tornow, 250 Fässer radioaktiver Abfälle fallen jährlich an. Wie sicher lagert der Atommüll des Stader Kernkraftwerkes? ‚Versuche‘ der Endablagerung in dem Salzbergwerk Asse, in: Stader Tageblatt vom 22.1.1977.

die sich an ihrem Ende zur dominanten entwickeln sollte. Es war ein ethisch-moralisches, ein unteilbares, totales<sup>23</sup> Verständnis von Verantwortung, das hier in kirchlichen Kreisen zur Sprache kam.<sup>24</sup>

Im April 1976 betonten Stader Pastoren vor dem Hintergrund der gewalttätigen Proteste gegen Atomkraftwerksneubauten, wie sie gerade in Brokdorf stattfanden, und angesichts der Pläne, allein im Gebiet der Elbe 15 weitere Reaktoren zu errichten, dass es notwendig sei, die Kernenergie mitsamt ihren langfristigen Folgen für die Umwelt und die Gesellschaft auf breiter Ebene zu diskutieren. Hierzu zählten sie die Rolle der Kernkraftwerke bei der „Durchsetzung der Überindustrialisierung“ und der damit verbundenen Konzentration der „Macht in den Händen von immer weniger Personen“, was letztlich „den Spielraum für demokratische Entscheidungsprozesse“ begrenze.<sup>25</sup> Sie meinten: „Für ein christliches Menschenverständnis ist eine totalitäre und verplante Zukunftsschau völlig unannehmbar.“<sup>26</sup> An der von ihnen geforderten Debatte müssten sich alle Bürger beteiligen, da sie alle letztlich betroffen seien. „Die Verantwortung kann deshalb nicht allein einigen wenigen Experten, die für diese Art von Energie-Produktion eintreten, zugeschoben werden.“<sup>27</sup> Sie erweiterten also den Verantwortungsbegriff über Fragen der Sicherheit der Kernkraftwerke hinaus und stellten ihn in umwelt- und vor allem gesellschaftspolitische Kontexte. Sie richteten damit ihren Blick auch auf eher indirekt mit den Kraftwerken und der Technologie verbundene Konsequenzen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene – weshalb auch nicht allein die Betreiberfirmen und Behörden für die Atomanlagen zuständig sein dürften. Damit bewegte sich ihre Position im Rahmen der bundesweit nach Wyhl unübersehbar gewordenen Protestbewegungen<sup>28</sup> – und griff den von Hans Jonas angestoßenen Debatten sogar vor.<sup>29</sup>

Ähnlich äußerte sich im Sommer 1978 auch Pastor Michael Benckert von der Bremischen Evangelischen Kirche mit Blick auf einen Vorfall im nahe Stade gelegenen Kraftwerk Brunsbüttel. Er betonte, wie das Stader Tageblatt berichtete, dass auch die offiziell mit der Kernenergiesicherheit betrauten Stellen sich nicht allein auf möglichst geringe Risikowahrscheinlichkeiten konzentrieren, sondern an die Folgen denken sollten, wenn das

23 Jonas (wie Anm. 3), S. 190; siehe auch Klaus Lompe, Die Verantwortung für den technischen Wandel. Zur Rolle von Staat, Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: Raban Graf von Westphalen (Hg.), Technikfolgenabschätzung als politische Aufgabe, München 1994, S. 103–151, hier S. 119.

24 Zur Diskussion innerhalb der Kirchen vgl. Schüring 2015 (wie Anm. 9).

25 O.V., „Menschliche Freiheit durch Atomreaktoren stark gefährdet“. Sofortiger Baustopp und Aufklärung verlangt, in: Stader Tageblatt vom 21.4.1976.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Nicht zuletzt zum Ausdruck gebracht in Robert Jungk, Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.

29 Jonas (wie Anm. 3).

Unwahrscheinliche eintrete: „Wacht auf, ihr Verantwortlichen, und schaltet die Reaktoren ab, damit der ‚technische Zufall‘ nicht überstrapaziert wird!“<sup>30</sup> Warum sich gerade Angehörige der Kirche derartig positionierten, erklärte bereits im November 1976 der Oberlandeskirchenrat Georg Fuhrmann aus Hannover. Seiner Ansicht nach hatten „Kirche und Theologie eine besondere Verantwortung für das Verhältnis des Menschen zur Natur, weil eine einseitige Fehlinterpretation des Schöpfungsauftrages die Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts mit begründet hat.“ Daher müsse auch eine Umweltbewegung christlich begründet werden.<sup>31</sup> Er nutzte also den moralphilosophisch erweiterten Verantwortungsbegriff auch, um die eigenen Debattenbeiträge zu legitimieren.<sup>32</sup>

War diese theologische Ausweitung des Verständnisses von Verantwortung über die formale – und positiv konnotierte – Ebene hinaus in den 1970er Jahren zunächst noch eine Ausnahme, so wurde sie am Ende des Jahrzehnts prägend. Diese Veränderung ging mit einer Häufung von Krisen und Skandalen in der Atomwirtschaft sowohl in Stade wie auch im internationalen Kontext einher.

### **Ein ethisches Verantwortungsvakuum: 1979 bis 1985**

Bis 1977 waren Diskussionen um die Atomenergie in Stade auch über Fragen der Verantwortung hinaus unaufgereggt und überschaubar geblieben. Das änderte sich Anfang 1978, als bekannt wurde, dass die KKS GmbH beantragt hatte, auf dem Kraftwerksgelände in Stade ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente einzurichten. Der Antrag führte vor Ort zu einem Skandal, da niemand vorab informiert worden war.<sup>33</sup> In der Folge der so entstandenen Vertrauenskrise setzte sich der Vorsitzende des FDP-Bezirks Elbe-Weser, der Buxtehuder Rudolf Fischer, im Kreistag dafür ein, die Katastrophenschutzpläne für das Kraftwerk, für die der Kreis als Behörde zuständig war, wissenschaftlich prüfen, veröffentlichen und einüben zu lassen, womit er jedoch auf Widerstand stieß.<sup>34</sup> Nachdem die Verschwiegenheit der Behörden in dieser Frage Anfang 1979 dennoch ein Stück weit aufgehoben worden war,<sup>35</sup> lenkte der Reaktorstörfall des Kraftwerks Three Mile Island nahe der US-amerikanischen Stadt Harrisburg die weltweite Aufmerksamkeit auf die

30 O.V., Schaltet die Reaktoren ab. Kirchenaufruf/Fischer-Kritik, in: Stader Tageblatt vom 30.6.1978.

31 O.V., Ausbeutung der Natur: Kirche hat besondere Verantwortung, in: Stader Tageblatt vom 24.11.1976.

32 Dass diese Position in der Kirche vor Tschernobyl durchaus umstritten war, zeigt Schüring 2015 (wie Anm. 9), im Falle Brokdorf besonders S. 121, 126f.

33 Gunther Schönfeld u. Jürgen Mainz, Politiker sind überrascht und empört. Heimliches Vorgehen stößt auf Kritik, in: Stader Tageblatt vom 14.1.1978.

34 O.V., Atomübung wird unterstützt. Aber ohne die Bevölkerung..., in: Stader Tageblatt vom 14.3.1979.

35 O.V., Für den Fall der Kernkatastrophe: Eine Faltbroschüre an 23.000 Haushalte. Der Landkreis informiert über Schutzmaßnahmen, in: Stader Tageblatt vom 10.1.1979.

möglichen (und auch unmöglichen) Folgen, wenn die Sicherheitssysteme eines Atomkraftwerks doch versagen sollten.<sup>36</sup> Im Kontext dieser letztlich internationalen Debatte wurde in Stade nun auch darüber diskutiert, dass eine Schweißnaht des Reaktordruckbehälters des lokalen Kraftwerks schneller spröde wurde, als dies vorausberechnet worden war. Dies war seit dem Vorjahr bekannt.<sup>37</sup> In dieser aufgeheizten Debatte über die Kernenergie im Allgemeinen und das KKS im Besonderen berichtete das Stader Tageblatt über bis dahin nicht bekannte Episoden aus dem Betrieb des örtlichen Atomkraftwerks. So hatte die KKS GmbH eine 1975 vom Sozialministerium geforderte Prüfung von Schweißnähten auf 1977 verschoben, um die Dauer der Revision von 1976 nicht zu verlängern, da man fürchtete, dass dies „eine ungünstige Wirkung auf die Öffentlichkeit [hätte], die in Verkennung des tatsächlichen Sachverhalts auf eine erhöhte Unzuverlässigkeit der Kernenergie-Anlagen schließen würde.“<sup>38</sup> Zudem waren Radioaktivitätsmessungen mehrfach nicht wie gefordert durchgeführt worden, weil mal Messgeräte fehlten, mal die Außentemperaturen zu niedrig waren, und einmal das Ministerium auf eine ursprünglich geforderte Reaktorabschaltung verzichtete, weil in der Folge zahlreiche Industriebetriebe nicht weiter hätten arbeiten können.<sup>39</sup> Angesichts dieser gehäuften und skandalträchtigen Zwischenfälle war zumindest kurzfristig das Vertrauensverhältnis zwischen den Stadern einerseits und der Betreiberin des KKS sowie der Landesregierung in Hannover auf der anderen Seite in eine Krise geraten. Vor diesem Hintergrund wurden Fragen der Verantwortung im Hinblick auf die Kernenergie auch in Stade intensiver und häufiger diskutiert als zuvor, wenn auch nach dem Abflauen der unmittelbaren Krisenstimmung nicht unbedingt auf das eigene Kraftwerk fokussiert.

Zunächst verwendete der bereits erwähnte Rudolf Fischer den Verantwortungsbegriff, als er seine Kritik an den lokalen Katastrophenschutzbehörden erneuerte. Diese nämlich kämen ihrer Verantwortung nicht nach, wenn sie sich nicht seiner Forderung nach einer Sicherheitsüberprüfung des lokalen Reaktors anschlossen: „Ich halte es für unerträglich, wenn die zuständige Katastrophenschutzbehörde nicht einmal Fragen der Sicherheit unserer Bevölkerung beantwortet, sich für nicht zuständig erklärt und keine Verantwortung

- 
- 36 Spencer R. Weart, *The Rise of Nuclear Fear*, Cambridge 2012, S. 225f.; zum Unfallhergang im Detail: J. Samuel Walker, *Three Mile Island. A Nuclear Crisis in Historical Perspective*, Berkeley 2004; die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG“ reagierte beispielsweise am 10.5.1979 mit einer Informationsbroschüre, in der sie erklärte, dass das KKS sicher sei und dass es im Hinblick auf den erwarteten ‚Peak Oil‘ verantwortungsbewusst sei, auf Atomenergie zu setzen, vgl. Stadtarchiv Stade, I – Stadtdirektor acc. 1994/001 Nr. 39.
- 37 O.V., Reaktordruckgefäß völlig in Ordnung, in: Stader Tageblatt vom 18.4.1979.
- 38 O.V., Das Atomkraftwerk hatte Angst vor Mißverständnissen der Öffentlichkeit. Technische Prüfung verschoben, denn: Für Radioaktivitätsmessung zu kühl?, in: Stader Tageblatt vom 5.5.1979.
- 39 Ebd.

tragen will.“<sup>40</sup> Wie schon in den Jahren zuvor bezog also Fischer den Verantwortungsbegriff zunächst einmal formal auf die Frage der Zuständigkeit und inhaltlich auf Sicherheitsaspekte. Allerdings bedeutete seiner Ansicht nach die Verantwortung der Katastrophenschutzbehörde für die Sicherheit der Bevölkerung, dass diese die Grenzen ihrer Zuständigkeit mit Blick auf das Atomkraftwerk überschreiten und darüber hinaus aktiv werden müsste, sich jedenfalls nicht dahinter verstecken dürfte. Hier klang, mit anderen Worten, ein Widerspruch zwischen dem formalen, teilbaren und dem darüber hinausgehenden ethischen Verantwortungsverständnis an.

Dieser Zwiespalt zwischen einer formal definierten (verwaltungs-)rechtlichen Zuständigkeit von Behörden, politischen Gremien und auch einzelnen Bürgern auf der einen Seite und einer aus Sicherheitserwägungen abgeleiteten möglichen Betroffenheit als Handlungsermächtigung und -verpflichtung auf der anderen Seite prägte den Gebrauch des Verantwortungsbegriffs in der zweiten Phase der Stader Diskussionen über die Kernenergie.<sup>41</sup> Er wurde zu unterschiedlichen Anlässen immer wieder betont, wobei deutlich wurde, dass es für Kritiker immer weniger akzeptabel war, angesichts des Themas Atomenergie mit Teilverantwortungen zu operieren.<sup>42</sup> Relativ zurückhaltend kommentierte noch Ende 1980 Helmut Badekow vom Stader Tageblatt die Pläne, vor Ort ein „Fasslager“ für schwach- und mittelradioaktiven Müll zu etablieren. Es werde die Bürger vor Ort

„kaum noch interessieren, ob der Bund oder das Land oder beide dafür verantwortlich sind, daß nun auch noch der letzte radioaktive Dreck in Stade hängen bleiben soll. Das war alles nicht so geplant, sondern hat sich so ergeben. Und es sind alles nur Provisorien, die relativ gefährlicher sind als jene Regelungen, die der Gesetzgeber aus gutem Grund gefordert hat, bevor noch der erste Reaktor in Deutschland kritisch wurde.“<sup>43</sup>

Es sei nicht hinzunehmen, dass durch das Ineinandergreifen zahlreicher Einzelentscheidungen Tatsachen etabliert würden, für die es keine greifbaren Gesamtverantwortlichen gäbe. Besonders deutlich kritisierte vier Jahre später Hans-Dieter Hamboch vom Stader Tageblatt die als Verantwortungslosigkeit wahrgenommene Beschränkung der rechtlich zuständigen Akteure auf ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche:

---

40 O.V., Vor Anschalten Sonderprüfung des Atomkraftwerks. Zwei SPD-Abgeordnete fordern eine Fernüberwachung, in: Stader Tageblatt vom 12.5.1979.

41 Vgl. zur Handlungsverpflichtung durch Handlungsmacht auch Jonas (wie Anm. 3), S. 232f.

42 Zum tendenziellen Verschwinden moralischer Verantwortung durch den Prozess einer formalen Verantwortungsaufteilung siehe Lenk (wie Anm. 1), S. 123f.; Glotzbach (wie Anm. 1), S. 176. Für entsprechende Debatten in den 1980er Jahren siehe auch Matthias Maring, Kollektive und korporative Verantwortung. Begriffs- und Fallstudien aus Wirtschaft, Technik und Alltag, Münster 2001, S. 217f.

43 Helmut Badekow, Noch eine Atom-Pille für Stade, in: Stader Tageblatt vom 11.10.1980.

„Verachtenswert an Atommeilern und ihren Abfallprodukten ist nicht die Technik, sondern der Mensch, der sich in seiner Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit hinter einem Aktenberg von Verordnungen und Paragraphen versteckt. Das hat zu einem zunehmenden Mißtrauen der Bürger gegenüber Reaktorprodukten geführt.“<sup>44</sup>

Aus dem politischen und behördlichen Alltag des föderalen Rechtsstaates entstand aus der Sicht der Kernenergiekritiker – und, wie einige Mitarbeiter der Lokalzeitung überzeugt waren, auch aus der Sicht der Bevölkerung im Allgemeinen – in einer Frage, deren Bedeutung letztlich jeden betreffen konnte, ein ethisches Verantwortungsvakuum,<sup>45</sup> das im Zweifelsfall durch privates Engagement gefüllt werden musste. Wenn dies dann angesichts der bestehenden formalen Zuständigkeiten im Sande verlief, vertiefte sich das bestehende Unverständnis. Dies wurde besonders deutlich, als Sibylle Voss im Februar 1983 über den ehemaligen Physik-Professor Erich Matthies aus einer Ortschaft 20 km südlich von Buxtehude berichtete. Dieser hatte zusammen mit seiner Frau gegen das AKW Mülheim-Kärlich klagen wollen. Dies war ihm aber vor Gericht versagt worden. Die Journalistin fragte sich nun, ob „die so oft geforderte ‚Verantwortung für das Gemeinwohl‘ da [...] nde, wo sie nicht nur verkündet wird, sondern demonstriert werden soll“.<sup>46</sup> Das Ehepaar Matthies hätte angesichts der letztlich alle betreffenden Probleme der Atomenergie – vor allem der Frage der Atommülllagerung – geklagt, das Gericht aber befunden, wer weit genug von einem Kraftwerk entfernt lebe, sei nicht betroffen. Hier widersprach sie grundsätzlich und mit Blick auf die Debatten über die Verantwortung im Nationalsozialismus:

„Es ist gar nicht so lange her, da ist ein ungeheures Unrecht geschehen, das ganz legal angefangen hat. Heute werden alle, die damals zugesehen haben, gefragt: Was habt ihr unternommen, wie konntet ihr dies geschehen lassen? Die Probleme der Atomenergie sind, wenn man sie nicht nach dem Wunschenken der ‚Macher‘, sondern realistisch sieht, ebenfalls ungeheuer. Und so muß zumindest die Frage gestellt werden dürfen, ob nicht Menschen wie Erich Matthies im Recht sind, wenn sie auf ihrer Betroffenheit bestehen wollen über Hunderte von Kilometern hinweg.“<sup>47</sup>

Matthies jedenfalls sah es so, da seiner Ansicht nach die grundlegenden Rechte nachfolgender Generationen durch die Kernenergie berührt werden. Das OVG Koblenz aber habe die Betroffenheit verneint, „da der Gesetzgeber die Nutzung der Atomenergie ‚in seine politische Verantwortung aufgenommen‘ habe“.<sup>48</sup>

44 Hans-Dieter Hamboch, In Gorleben ging eine Tür auf, in: Stader Tageblatt vom 9.10.1984.

45 Vgl. Glotzbach (wie Anm. 1), S. 176.

46 Sibylle Voss, Betroffenheit nach Radius?, in: Stader Tageblatt vom 9.2.1983.

47 Ebd.

48 O.V., In eigenen Rechten berührt und in der Verantwortung für allgemeine Rechte, in: Stader Tageblatt vom 14.2.1983.

Juristisch schien die Sachlage eindeutig: Die Frage nach der Legalität der Atomenergienutzung und ihren Bedingungen, darunter auch die Sicherheitsaspekte, lag bei den gewählten Repräsentanten der Bevölkerung in Bonn.<sup>49</sup> Die praktische Umsetzung der entsprechenden Gesetzeslage mündete freilich in den kritisierten verteilten Verantwortungsbereichen, die die Frage nach einer übergreifenden Verantwortung für die Kernenergie und ihre (potenziellen) Folgen immer wieder aufwarfen. Insbesondere, da es doch so offenbar um mehr als die Sicherheit der Anlagen selbst und derjenigen ging, die in ihrer unmittelbaren Umgebung lebten<sup>50</sup> – nicht zuletzt eben auch um die Frage nach der Art von Gesellschaft, die eine stets wachsende Atomenergienutzung mit sich zu bringen schien. So fragte ein Leserbriefschreiber angesichts eines „Vortrag[s] von Dr. Warrikoff vor der CDU-Mittelstandsvereinigung“,<sup>51</sup> in der der Redner mehrfach betont habe, dass die Kernenergie sicher sei und schließlich auch in anderen Ländern wie der UdSSR und Brasilien befürwortet werde, was es bedeute, dass als Beispiele für die Durchsetzung der Atomenergie ausgerechnet „totalitäre Regime“ angeführt wurden.

„Der Vortrag des Energiefachmannes Dr. Warrikoff hat wahrscheinlich alle diejenigen beruhigt, die an die göttliche Unfehlbarkeit der Technik glauben, die anderen jedoch fragen sich erschrocken, was für Menschen sind das, die so etwas verantworten wollen.“<sup>52</sup>

Infolge einer Ballung von Krisen und Skandalen um die Atomenergie – international ebenso wie in Stade selbst – war also die Frage nach der Verantwortung in den Stader Diskussionen zur Kernenergie mit Leben gefüllt worden. Kritiker/innen der Atomkraft begannen, gestützt auf einen ethisch-moralischen Verantwortungsbegriff eigene Stellungnahmen in der Kernenergiedebatte zu legitimieren und das etablierte, teilbare, formale Verantwortungsverständnis zu kritisieren. Die so begonnene moralphilosophische Verantwortungsdebatte wurde infolge des Super-GAUs<sup>53</sup> von Tschernobyl enger an das KKS angebunden und deutlich aufgeheizt – was zur Folge hatte, dass die Atomenergiebefürworter ebenfalls versuchten, einen erweiterten Verantwortungsbegriff ins Feld zu führen.

- 
- 49 Raban Graf von Westphalen, Einleitung. Von der parlamentarischen Verantwortung für den technischen Fortschritt, in: ders. (wie Anm. 23), S. 8–27, hier S. 20.
- 50 Gertraud Nickl, Wissenschaft – Technik – Verantwortung, Freising 2002, S. 77.
- 51 Vermutlich handelte es sich um den Juristen, CDU-Politiker und Alkem-Geschäftsführer Dr. Alexander Warrikoff.
- 52 Hans Schmidt, Vortrag über Atomkraft: viele Halbwahrheiten und Lügen (Leserbrief), in: Stader Tageblatt vom 4.3.1980.
- 53 Der Begriff bezeichnet einen Reaktorunfall, der über den sogenannten Größten Anzunehmenden Unfall – letztlich also einen Auslegungsstörfall, den das Kraftwerk maximal ohne weitere Folgen für die Umgebung verkraften können muss – hinausgeht, also ein auslegungsüberschreitendes Ereignis. Vgl.: [http://www.bfs.de/DE/themen/kt/sicherheit/phилosophie/stoerungen/stoerungen\\_node.html](http://www.bfs.de/DE/themen/kt/sicherheit/phилosophie/stoerungen/stoerungen_node.html) [Stand: 2.11.2016].

## Verantwortung als umstrittenes Konzept: 1986 bis 1987

Nach dem Super-GAU von Tschernobyl erreichte die Debatte um die Kernenergie in Stade eine neue Größenordnung. Zwar stand die Mehrheit der Parteien vor Ort weiterhin hinter dem KKS, doch das Lager der Kritiker aus Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, kirchlichen Gruppen und den Grünen erhielt deutlichen Zuwachs und Rückenwind aus Hannover, wo die Landes-SPD sich in ihr Lager begab. Für die Gegner, etwa die 200 Teilnehmer/innen einer Demonstration von Eltern gegen die Kernenergie in Stade,<sup>54</sup> stand fest, dass kein menschliches Wesen in der Lage wäre, derartige Folgen, wie sie in Tschernobyl sichtbar geworden waren, zu tragen – oder dafür zu garantieren, dass sie ausblieben. Immerhin war sichtbar geworden, dass große Unfälle möglich waren. Das Stader Kraftwerk nach Tschernobyl weiter zu betreiben, war aus ihrer Perspektive im Hinblick auf die Zukunft der Kinder ganz einfach „unverantwortlich“.<sup>55</sup> Sie verbanden ihre konkreten Zweifel an der Sicherheit des lokalen Kraftwerks mit einem auf die Zukunft gerichteten, ethischen Verantwortungsverständnis, ganz im Sinne der Ideen Jonas', wenn auch ohne direkt auf ihn zu verweisen. Diesen Schritt ging auch Horst Schörshusen, der für die Grünen aus Buxtehude im niedersächsischen Landtag saß. Als im Sommer mehrere Unternehmen erklärten, wenn das KKS geschlossen würde, würden auch ihre lokalen Niederlassungen schließen müssen, widersprach er nicht nur. Er erklärte auch, dass die Industrie seiner Ansicht nach die Atomenergie nicht unterstützen *dürfe*. Denn damit würde sie Katastrophen wie diejenige von Tschernobyl in Deutschland im Bereich des Möglichen halten. Er könne sich aber nicht vorstellen, „daß die Industrie dafür die Verantwortung übernehmen will.“<sup>56</sup> Wie auch in der Argumentation der Stader Eltern schien es dem Grünen-Politiker schlicht nicht menschenmöglich, eine solche Verantwortung angesichts der möglichen Dimension der Folgen eines Kernenergieunfalls zu tragen.<sup>57</sup> Schörshusen formulierte Anfang 1987 im Landtag: „Wir halten es für unverantwortlich, die nukleare Schrottmühle Stade nur einen Tag länger laufen zu lassen, da täglich aufgrund der fortgeschrittenen Versprödung des Reaktordruckbehälters ein Kernschmelzunfall passieren kann.“<sup>58</sup> Die Einschätzung, dass das KKS unsicher sei, untermauerte er in diesem Fall mit einer eigens bei der atomenergiekritischen Forschergruppe *Gruppe Ökologie*

<sup>54</sup> Zur Einordnung der Eltern- und Mütter-Proteste nach Tschernobyl Kirchhof (wie Anm. 9).

<sup>55</sup> O.V., Eltern fordern sofortige Stilllegung des KKW Stade, in: Stader Tageblatt vom 10.6.1986; vgl. auch eine von fünf Personen gezeichnete „Resolution“ an Stadtdekan Schneider vom 9.6.1986, in der mit Blick auf die Kinder der KKS-Betrieb als „unverantwortlich“ bezeichnet wurde, in: Stadtarchiv Stade, I – Stadtdekan acc. 1994/001 Nr. 41.

<sup>56</sup> O.V., Schörshusen widerspricht Industrie: „Atomkraft-Ausstieg ist machbar“, in: Stader Tageblatt vom 5.8.1986.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu auch die Argumentation in Jonas (wie Anm. 3), S. 232f., 249f.

<sup>58</sup> O.V., SPD und Grüne wollen Stader Atomkraftwerk abschalten, in: Stader Tageblatt vom 31.1.1987.

– *Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V.* in Auftrag gegebenen Studie.<sup>59</sup>

Auf diese berief sich indirekt auch der Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD, Gerhard Schröder. Die Landes-SPD forderte nach Tschernobyl ebenfalls den Ausstieg aus der Atomenergie, wenn auch nicht sofort, sondern mittelfristig. Allerdings sollte dieser Ausstieg mit dem Aus des KKS begonnen werden – was in Stade für einige Unruhe sorgte. Daher besuchte Schröder die Stadt im März 1987, um seine Position vor Vertretern der Belegschaft des Kraftwerks zu erklären. Dabei berief er sich weniger auf die Gefahren, die in der von den Grünen in Auftrag gegebenen Studie beschworen wurden, sondern auf den Umstand der Existenz dieser Studie. Er nutzte sie für ein formales Verantwortungsargument: „Ein Politiker handelt nicht verantwortungsbewußt, wenn er allein den Beschäftigten des Kernkraftwerks und dem TÜV glaubt.“ Er wollte auch die Aussagen ‚kritischer‘ Wissenschaftler berücksichtigen und sah hierin eine Legitimation für die Entscheidung, das KKS als erstes Atomkraftwerk der Bundesrepublik zu schließen.<sup>60</sup> Immerhin sei es das älteste kommerzielle Kraftwerk seiner Art und seine Sicherheit wurde mit Studien wie der vorliegenden ganz konkret in Zweifel gezogen.<sup>61</sup> Schröder bezeichnete damit die Atomenergie anders als die Grünen und zahlreiche Bürgerinitiativen nicht als per se ethisch unverantwortbar, fand aber in der Untersuchung einen Weg, seine Position unter Verweis auf die – umfassende – Verantwortung eines Landespolitikers und Ministerpräsidenten in spe für die Sicherheit der Bevölkerung zu untermauern.

Die Mitarbeiter des KKS verwiesen dagegen auf „ihr hohes Verantwortungsbewußtsein und die grundsätzliche Beherrschbarkeit der Kerntechnologie.“<sup>62</sup> Sie verwendeten den Verantwortungsbegriff damit im Wesentlichen so, wie er zu Beginn der Atomenergiediskussionen in Stade für die Pläne der BASF in Ludwigshafen benutzt worden war: Die formale Verantwortung für die Sicherheit des Reaktors war klar begrenzt. Sie war verteilbar und lag neben den offiziellen Stellen und berufenen Prüfern auch bei der Betreiberfirma – wo sie in guten Händen war. Auf ihrer Seite stand nicht zuletzt die Stader Stadtverwaltung. Stadtdirektor Dr. Jürgen Schneider hatte schon auf einer Ratssitzung direkt nach dem Unglück am 12. Mai 1986 erklärt:

„Wenn der Mensch seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte im Bereich der Kernenergie [...] in Verantwortung für die Menschheit zugleich mit

---

59 Ebd.

60 Zur grundsätzlichen Problematik von Gutachten und Gegengutachten vgl. Dieter Wand-schneider, Das Gutachtendilemma – Über das Unethische partikularer Wahrheit, in: Gat-zemeier (wie Anm. 5), S. 114–129, hier S. 116f., 127–129.

61 O.V., In Stade soll Einstieg in den Atom-Ausstieg beginnen, in: Stader Tageblatt vom 10.3.1987.

62 O.V., ‚Die Angst ist begründet‘, in: Weser Kurier Bremen vom 11.3.1987.

höchstmöglichen Aufwand für Sicherheit [einsetzt], dann habe ich gegen den Betrieb von Kernkraftwerken, wie es sie heute bei uns gibt, keine Bedenken.“<sup>63</sup>

Er zielte also sehr wohl auf den moralphilosophisch weiten Verantwortungsbegriff ab, sah der entsprechenden totalen Verantwortung allerdings in den bestehenden formalen Teilverantwortungen genüge getan. Im Jahr darauf erklärte dann auch Umweltminister Werner Remmers, nachdem eine von ihm in Auftrag gegebene, neue TÜV-Studie die Betriebssicherheit des KKS bestätigt hatte, dass er „den Weiterbetrieb von Stade für eine sachgerechte, konsequente und verantwortbare Entscheidung“ halte.<sup>64</sup> Die Kernenergiebefürworter versuchten also gegenüber ihren Kritikern an dem positiv besetzten und formal begrenzten Verantwortungsbegriff aus der Frühzeit der Kernenergiedebatte festzuhalten und ihn auch mit Blick auf das ausgeweitete Verständnis einer Verantwortung für die Zukunft der Menschheit zu verwenden. Das allerdings gestaltete sich angesichts des seit den späten 1970er Jahren brüchig gewordenen Vertrauens ihnen gegenüber und des mit Tschernobyl vermeintlich sichtbar gewordenen Katastrophenpotenzials der Atomtechnik als äußerst schwierig. Dies lag nicht nur daran, dass die Kernkraftkritiker angesichts ihrer anderslautenden Einschätzung in Bezug auf die ethische Verantwortbarkeit der Kernenergie verstärkt infrage stellten, ob die formal Verantwortlichen ihrer jeweiligen Teilverantwortung gerecht würden. Es lag auch daran, dass die Debatte in den Monaten nach Tschernobyl äußerst hitzig geführt und um eine weitere Bedeutungsebene des Verantwortungsbegriffs erweitert worden war.

Dies erfuhr auch die FDP im Bezirk Elbe-Weser, zu dem Stade gehörte. Sie wollte, ähnlich der Argumentation Schröders, die formal zuständigen Experten ebenso berücksichtigen wie die Kernenergiekritiker, um ein abgewogenes Urteil zum Kernkraftwerk in Stade zu erreichen. Kurt-Peter Christophersen vom Stader Tageblatt empfand dies prinzipiell als loblich. Nicht akzeptabel war für ihn allerdings das Ergebnis der Debatte, dass das KKS dann abgeschaltet werden solle, wenn die offiziellen Experten es für unsicher erklärt hatten. Er forderte eine Antwort mit Blick auf das ethische, nicht das formale Verantwortungsverständnis:

„Mit solchen Binsenweisheiten mogeln sich politische Parteien an ihrer Verantwortung vorbei. [...] Die Politiker sollen endlich aufhören, sich hinter den Rockschorßen von Wissenschaftlern zu verkriechen. Sie haben ihren Wählern zu sagen, ob sie gefährliche Techniken wie die Kernenergie grundsätzlich für vertretbar halten. Wenn nicht, müssen sie politische Konzepte für den Umstieg in andere Energieformen entwickeln und zur Abstimmung stellen. Die Sicher-

63 Widerspruch und Hoffnung unserer Zeit. Zum Reaktorunglück in Tschernobyl/Sowjetunion in der Ratssitzung am 12.5.1986 von Stadtdirektor Dr. Jürgen Schneider, in: Stadtarchiv Stade, 10.13.10, Ratssitzung am 12.5.1986.

64 Werner Remmers, Kernkraftwerk Stade ist sicher, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.9.1987.

heitsdebatte über den Stader Atommeiler darf nicht länger dazu führen, daß die Parteien sich diesen Pflichten entziehen.“<sup>65</sup>

Dass sich der FDP-Bezirk hier auch ethisch positioniert hatte, indem er die Risiken der Kernenergie für grundsätzlich vertretbar erklärte, wenn sie von den mit der technischen und wissenschaftlichen Kontrolle beauftragten Experten abgesegnet wurden, sei an dieser Stelle nur am Rande bemerkt. Wichtiger ist, dass der Verantwortungsbegriff hier eine weitere Bedeutung erhalten hatte: Verantwortung bezog sich nun auch auf das Kommunikationsverhalten über die Kernenergie und hieß aus der Perspektive von Christophersen, mit einfachen Worten klar Position zu beziehen, unabhängig von technischen Details und formalen Erwägungen. Denn:

„Für den Nichtwissenschaftler geht es in Sachen Atomsicherheit schon lange nicht mehr um rationales Abwägen und Entscheiden über Details. Er muß einfach glauben: Entweder den von den Grünen beauftragten Wissenschaftlern, die dem Stader Kernkraftwerk Gefährlichkeit bescheinigen, oder den anderen vielfältig miteinander verbundenen Experten aus Unternehmen, Behörden und TÜV.“<sup>66</sup>

Die Kommunikationsebene des Verantwortungsbegriffs hatten auch die Befürworter der Kernenergie für sich entdeckt, und zwar im Stader Fall unmittelbar nach dem Super-GAU von Tschernobyl angesichts der starken Proteste gegen die Kernenergie – und wohl auch der Schwierigkeiten, den formal untergliederten und positiv besetzten Verantwortungsbegriff durchzusetzen.<sup>67</sup> Es entwickelte sich eine neue Abwehrstrategie gegen die fundamentale, ethisch begründete Kritik.<sup>68</sup> Zuerst war es die Betreiberfirma des KKS, die den Verantwortungsbegriff in dieser Form gebrauchte. Sie reagierte damit auf die Kritik durch den Bremer Atomphysik-Professor Jens Scheer, der als Kernkraftkritiker bekannt und als Kommunist umstritten war. Er meinte, auch in Stade könne jederzeit ein Unfall mit vergleichbaren Folgen wie in Tschernobyl auftreten, da der Reaktordruckbehälter „spontan reißen“ könne. Udo Janssen, der Pressesprecher der PreussenElektra, erklärte daraufhin, die von Scheer aufgestellten Behauptungen seien unhaltbar, ein solcher Unfall

65 Kurt-Peter Christophersen, Politiker verstecken sich hinter Experten, in: Stader Tageblatt vom 23.3.1987. Forderungen nach eindeutigen politischen Positionierungen waren seit den späten 1970er Jahren häufig geäußert worden, als sich insbesondere die sozialliberale Bundes- und die konservativen Landesregierungen gegenseitig die Verantwortung für Verzögerungen beim Ausbau der Kernenergie zuzuschieben trachteten.

66 Ebd.

67 Außerhalb Stades waren Vorwürfe des unethischen Vorgehens gegen Atomkraftgegner spätestens im Kontext der Proteste in Wyhl vorgebracht worden. Vgl. z.B. Dieter Rucht, Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980, S. 96f.

68 Wenn auch der Vorwurf ‚unverantwortlicher Panikmache‘ gegen die Kernkraftkritiker in der Debatte auf Bundesebene freilich längst etabliert war.

im KKS undenkbar. In diesem Zusammenhang nannte er dessen Äußerungen „unverantwortliche, bewußte Panikmache“.<sup>69</sup>

In gewisser Weise war dies der Versuch eines Befreiungsschlags derjenigen, die sich zumindest vorerst – selbst die CDU begann nach Tschernobyl, einen langfristigen Ausstieg ins Auge zu fassen – für den weiteren Einsatz der Atomenergie aussprachen. Immerhin konnte so dem in die Defensive geratenen formalen Verantwortungsverständnis der Kernenergiebefürworter angesichts der Kritik auf Basis des moralphilosophischen Verantwortungsbegriffs ihrer Gegner eine weitere Lesart von Verantwortung an die Seite gestellt werden. Diese ließ sich offensiv gegen die Atomkraftkritiker einsetzen und hatte selbst eine ethische Dimension, da sie die politische Debattenkultur in den Blick nahm.<sup>70</sup> Bis zum Ende der Untersuchungszeit blieb diese Verwendung des Verantwortungsbegriffs seitens der Atomenergiebefürworter aktuell. Im Sommer 1988 nutzte ihn der Vorsitzende des Betriebsrats des KKS, Horst Schreiber, nach einem Gespräch mit einer Bürgerinitiative aus Jork. Diese hatte heimlich einen Redakteur des Stader Tageblatts mitgebracht, der im Anschluss einen großen, sarkastischen Artikel über die Atomenergiebefürworter und ihre Argumentation geschrieben hatte. Schreiber beklagte sich daraufhin in einem Leserbrief an die Zeitung, dass die Bürgerinitiative durch das ‚Einschmuggeln‘ eines Journalisten Absprachen über die Nichtöffentlichkeit der Gespräche verletzt habe. „Mir gegenüber ist jedenfalls das Verhalten der Bürgerinitiative unaufrechtig, unverantwortlich, ja gewissenlos.“<sup>71</sup> Als am Ende desselben Jahres zwei Störfälle im Stader Atomkraftwerk in hitziger Atmosphäre diskutiert wurden, betonte der Stader Politiker Horst Eymann laut Tageblatt an die Adresse der Grünen, „es sei unverantwortlich, so zu tun, ‚als sei Stade am Rande eines GAU gewesen‘. Wer jetzt Panik betreibe, ‚dem schenkt man kein Gehör mehr, wenn wirklich etwas passiert‘.“<sup>72</sup>

Dass die Atomenergiebefürworter sich bemühten, eine ethische Dimension des Verantwortungsbegriffs zu finden, die sie für sich einnehmen konnten, deutet bereits darauf hin, dass auch ihrer Einschätzung nach das hergebrachte, formale und teilbare Verantwortungsverständnis in der öffentlichen Debatte gegenüber dem totalen Verantwortungsbegriff der Atomenergiegegner in die Defensive geraten war. Erfolgreich waren sie damit angesichts einer weiteren Häufung von Skandalen in der Atomenergiewirtschaft Ende der 1980er Jahre jedoch nicht.

69 O.V., Stilllegung des Stader AKW erneut gefordert, in: Stader Tageblatt vom 3.5.1986.

70 Zum Kampf um Begriffe vgl. Matthias Jung, Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen 1994, S. 91.

71 Horst Schreiber, Geht man so miteinander um? (Leserbrief), in: Stader Tageblatt vom 23.6.1988.

72 O.V., Schnellere Informationen über die Störfälle im Atommeiler gefordert, in: Stader Tageblatt vom 13.12.1988.

## Unverantwortbar und unverantwortlich: 1987 bis 1989

Im Dezember 1987 wurden in Deutschland, so auch in den Stader Zeitungen, Skandale um Atommülltransporte zu einer belgischen Wiederaufbereitungsanlage und von dort zurück diskutiert. Es ging um Bestechungsgelder und darum, dass offenbar ‚fremder‘ Müll zu den kraftwerkseigenen Lagern zurücktransportiert worden war. Angesichts dieses internationalen Skandals meinte Albert Malachewitz im Dezember 1987 im Stader Tageblatt, dass „jeder Vorfall der Art, wie wir ihn jetzt erleben, [die Atomenergie] politisch ein gewaltiges Stück weniger verantwortbar“ mache.<sup>73</sup> Einen Monat später erklärte Focko Siebels in einem Kommentar gar, dass man angesichts derartiger Vorfälle, die sich nun zu häufen begannen, nicht mehr vom Restrisiko der Atomenergie sprechen, sondern die „Restverantwortung der Politiker“ einfordern solle – was den Ausstieg bedeute, angefangen mit dem Aus des KKS.<sup>74</sup>

Dies freilich war weiterhin das Ziel vor allem der Grünen. Als jedoch im selben Monat im Umweltausschuss in Hannover einmal mehr ein Antrag der Partei auf die Abschaltung des KKS scheiterte, bezeichnete ihr umweltpolitischer Sprecher, Hans Mönninghoff, die übrigen Parteien als „große Koalition der Verantwortungslosigkeit“.<sup>75</sup> Ähnlich klang der Landesvorsitzende der SPD, Johann Bruns, der mit Blick auf die Vorfälle in der Branche meinte: „Die Nutzung der Kernenergie ist nicht zu verantworten.“<sup>76</sup> Im Stader Kreistag forderte Lisa Peters von der FDP im Februar Informationen über die genaue Zusammensetzung derjenigen Abfälle, die in Stade gelagert wurden. Hierüber, so meinte sie, müsse in der lokalen Politik Klarheit geschaffen werden, denn diese trage die „Verantwortung für die Belange der Bürger in dieser Region.“<sup>77</sup> Die Liste derer, die angesichts der Skandale zunehmend über Verantwortung sprachen, ließe sich weiter fortsetzen – insbesondere auch mit Blick auf die lokalen Bürgerinitiativen wie die *Bürger/Innen gegen Atom anlagen aus Jork und Umgebung*. Diese war es, die im Sommer den Tageblatt-Redakteur Dirk Dietz zu dem bereits erwähnten Gespräch mit Vertretern des Stader Kernkraftwerks mitbrachte. Dietz wiederum schrieb im Anschluss, dass angesichts von Technikern, die mit „unverbrüchlichem Glauben in die Sicherheit der AKW's“ erfüllt seien, „die Frage nach der moralischen Verantwortung der Atomenergie-Betreiber ins Leere“ gehe.<sup>78</sup> Als daraufhin, wie bereits erwähnt, der Betriebsratsvorsitzende Horst Schreiber versuchte, den Verantwortungsbegriff gegen die Bürgerinitiative zu wenden, indem er ihn auf das heimliche Mitbringen Dietz' bezog, also wenn man so will auf die Ethik

73 Albert Malachewitz, Schiebereien mit tödlichem Müll, in: Stader Tageblatt vom 10.12.1987.

74 Focko Siebels, Restverantwortung heißt Ausstieg, in: Stader Tageblatt vom 19.1.1988.

75 O.V., Grünen-Antrag abgeschmettert, in: Stader Tageblatt vom 8.1.1988.

76 O.V., Die Folgen in der Lohntüte, in: Neue Stader Wochenblatt vom 20.1.1988.

77 O.V., Die Augen verschließen?, in: Neue Stader Wochenblatt vom 10.2.1988.

78 Dirk Dietz, ‚Noch einmal Schrottreaktor und wir diskutieren nicht weiter‘, in: Stader Tageblatt vom 20.6.1988.

des Kommunikationsverhaltens, nahm Anke Jährig-Becker von der Initiative die Herausforderung an. In einem Leserbrief konterte sie, dass Verantwortung ihrer Ansicht nach eben etwas anderes bedeute als die Frage, ob man einen Reporter zu einem Gespräch mitbringe oder nicht:

„Wir sind weder unaufrichtig oder unverantwortlich, noch gewissenlos, denn dann würden wir keinen Gedanken an die Atomenergie verschwenden, sondern uns fröhlicheren Dingen zuwenden. Wir meinen, gerade durch unseren persönlichen Einsatz für ein Leben, eine Welt ohne Atomenergie und ihren gefährlichen Müll, zeigen wir ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein. Ihnen gegenüber haben wir uns durch die Teilnahme des Herrn Dietz nicht unaufrichtig verhalten, gestehen Ihnen aber zu, dies als kleine Unkorrektheit anzusehen. [...] Wir meinen, daß es hier doch vielmehr um den Inhalt der Diskussion gehen sollte.“<sup>79</sup>

Ihre Höherbewertung der moralphilosophischen Verantwortung, wie sie auch Jonas skizziert hatte, gegenüber den anderen Lesarten des Begriffs war eine Kampfansage an den Versuch der Kernenergiefürworter, ‚Verantwortung‘ auf die Art der Kommunikation zu beziehen, gewissermaßen also wiederum zu teilen und so gegen die Kritiker zu wenden. Und obwohl dies auch weiterhin versucht wurde, blieb in der Folge der Verantwortungsbegriff der Kernenergiegegner in den Debatten dominant, also das ethische Verständnis von Verantwortung und die daraus abgeleitete Kritik an einer formalen, verteilten Verantwortungsauffassung. Ilse Tweer aus Buxtehude, eine der Autorinnen der von den Grünen 1986 angeforderten Sicherheitsstudie zum KKS, kommentierte im Dezember 1988 im Stader Tageblatt aktuelle Skandale um die Einstufung von „Vorkommnissen“ in bundesdeutschen Kernkraftwerken. Es war zur Sprache gekommen, dass zum Teil die von den Betreibern vorgenommenen Einstufungen im Nachhinein hätten hochgesetzt werden müssen. Vereinzelt bedeutete das auch, dass Ereignisse nicht veröffentlicht worden waren, die nach ihrer korrigierten Einstufung eigentlich hätten bekannt gemacht werden müssen. Ihrer Ansicht nach zeigte ein solches Verhalten, dass die offiziell verantwortlichen Stellen ihren Kontrollaufgaben eben nicht nachkamen: „Verschweigen, verharmlosen – so stellt sich der Bürger die ihm nach Tschernobyl versprochene verantwortungsvolle Kontrolle der Reaktorsicherheit in bundesdeutschen Landen doch wohl nicht vor!“<sup>80</sup> Doch auch wenn die Kritiker in den Debatten dominierten, zeigten sich die Befürworter davon unbeeindruckt. Minister Remmers beispielsweise blieb dabei, dass entsprechend der formal verteilten Verantwortung die Einschätzungen der Sicherheit durch die offiziell zuständigen Experten die relevante Basis für Entscheidungen über die Kernkraft und ihre auch moralische Verantwor-

79 Anke Jährig-Becker, Persönlicher Einsatz für eine Welt ohne Atomenergie (Leserbrief), in: Stader Tageblatt vom 5.7.1988.

80 Ilse Tweer, Verschweigen und verharmlosen ist keine verantwortungsvolle Kontrolle (Leserbrief), in: Stader Tageblatt vom 15.12.1988.

tungsfähigkeit bildeten – und auf dieser Basis meinte er: „Die Kernenergie ist verantwortbar.“<sup>81</sup>

### Fazit: Ein Begriff mit vielen Bedeutungen und begrenzter Bedeutung

Am Ende des Untersuchungszeitraums stand also der Verantwortungsbegriff inmitten eines politischen Grundsatzstreits zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie, der infolge von Krisen und Skandalen um die Kernenergie, die jeweils auch Stade betrafen, eskaliert war.<sup>82</sup> Beide Seiten verwendeten den Begriff, um eigene Äußerungen zum Thema Kernenergie zu legitimieren. Die Befürworter bezogen sich eher auf eine formale, rechtliche Zuständigkeit für Entscheidungen, die Gegner auf eine ethische Verantwortung gegenüber der Menschheit im Allgemeinen in einer Frage, die letztlich alle und insbesondere auch künftige Generationen betreffe. Beide Seiten stritten darüber hinaus auf der moralphilosophischen Ebene darum, ob die mit der Atomenergie direkt verbundenen Risiken und daraus abgeleiteten Folgen hinsichtlich künftiger Generationen und der gesellschaftspolitischen Auswirkungen überhaupt von Menschen getragen werden könnten. Die verteilten formalen Verantwortungen schienen dies den Befürwortern zu ermöglichen, während die Gegner eben eine solche Teilbarkeit der ethischen Gesamtverantwortung ablehnten.<sup>83</sup> Ohne explizit darauf Bezug zu nehmen, wurde in Stade letztlich eine Debatte geführt, die eine Problematik des Verantwortungsbegriffs widerspiegelte, wie sie seit Jonas' Veröffentlichung auch in der deutschen Philosophie geführt wurde.<sup>84</sup> Seine Forderung nach einer neuen Verantwortungsethik setzte sich in ihrem Verlauf zwar nicht durch, der Verantwortungsbegriff allerdings wurde kritisch reflektiert und nicht zuletzt Hans Lenk und Matthias Maring wiesen darauf hin, dass eine ethische Verantwortungsebene neben der formalen, juristischen bestehen und letztlich von allen Bürgern eines Staates mitgetragen werden müsse – die freilich schwierig zu konkretisieren sei.<sup>85</sup> In der Debatte in Stade zeigten sich ganz praktisch die Konsequenzen dieses Nebeneinanders zweier Ebenen von Verantwortung. Sie begünstigen den Umstand, dass die Befürworter und Gegner der Kernenergie mit einem einzelnen Begriff streiten konnten, der jedoch über multiple Bedeutungsebenen verfügte. Eine Verständigung zwi-

---

81 Wolfgang Stephan, Der Minister und die Bürgerinitiative, in: Stader Tageblatt vom 18.2.1989.

82 Die Eskalation erfolgte also nicht aufgrund technischer Details, wie Befürworter der Atomtechnologie immer wieder meinten, vgl. z.B. Kurt Kugler, Überlegungen zur zukünftigen Nutzung der Kernenergie, in: Sigurd Martin Daecke u. Klaus Henning (Hg.), Verantwortung in der Technik. Ethische Aspekte der Ingenieurwissenschaften, Mannheim 1993, S. 149–181, hier S. 172.

83 Vgl. hierzu auch Lenk (wie Anm. 1), S. 123–125.

84 Schmidt (wie Anm. 3), S. 143.

85 Werner (wie Anm. 4), S. 42; Lenk (wie Anm. 1), S. 127–133; ders. (wie Anm. 17), S. 134–136; Maring (wie Anm. 42), S. 103, 217f., 239f., 319–322, 380–383.

schen beiden Seiten schien so nicht möglich.<sup>86</sup> Eine dritte Bedeutungsebene des Verantwortungsbegriffs schließlich, namentlich die einer angemessenen – wenn man so möchte ethischen – Kommunikation über das Thema, hatten die Befürworter der Technologie angesichts der massiven Angriffe von Seiten ihrer Gegner nach Tschernobyl in den Stader Debatten einzuführen versucht. Sie hielten die entsprechenden Versuche bis zum Ende der Untersuchungszeit aufrecht, durchsetzen konnten sie sich damit jedoch nicht. War diese Ebene letztlich doch nur ein weiterer Versuch, einen Teilbereich von Verantwortung zu definieren und ihn separat zu diskutieren.

Im Dezember 1988 brachte Wolfram Mittelacher in der Landeszeitung für die Lüneburger Heide – Stade gehörte zum Regierungsbezirk Lüneburg, insfern lässt sich dies als Beitrag zur dortigen Debatte verstehen – eine Variante des Verantwortungsbegriffs zur Sprache, die so noch nicht gebraucht worden war. Seiner Ansicht nach waren die Gespräche über die Kernenergie und ihre Skandale „zu unfruchtbare Hysterie“ geworden.

„Da irren die Verharmloser und dramatisieren zugleich die Warner. Der Grund für diese Diskrepanz ist darin zu erblicken, daß die Diskussionen über Risiken der Kernenergie sich weitgehend an Glaubensgrundsätzen orientieren. Damit aber wird die Debatte irrational; Gegner und Befürworter nuklearer Kraftwerke sind stets nur für jene Argumente offen, die in ihre Gedankenwelt passen.“ Es sei letztlich an den Wähler/inne/n, „Politiker auszuzählen, bevor sie verantwortungslos verantwortungsvoller Ämter walten können.“<sup>87</sup>

Der Verweis auf die formale Verantwortung der Wähler/innen dafür, wer letztlich in die Ämter einzog, die juristisch gesehen auch die ethische Verantwortung trugen, ist hilfreich, wenn es darum geht, die Verantwortungsdiskussionen in die darüber hinausgehenden Debatten über die Atomenergie in Stade einzuordnen.<sup>88</sup> Denn auch wenn die Befürworter der Kernkraft dort, wo über Verantwortung gesprochen wurde, tendenziell in der Defensive waren, so stellten sie in den parlamentarischen Gremien auf Stadt- und Kreisebene doch weiterhin die Mehrheit. Beispielsweise scheiterten die Grünen im Stader Kreistag am 15. Dezember 1988 mit dem Antrag, dass das Gremium vor dem Hintergrund der Skandale der Monate davor feststellen solle, „daß die Atom-

<sup>86</sup> Mit den damit einhergehenden negativen Konsequenzen für die Demokratie, vgl. Ieva Sproge, Mediation als konstitutives Element der Kommunikation in der Demokratie, in: Barbara Drinck, Peter Gutjahr-Löser u. Dieter Schulz (Hg.), Das Atomzeitalter. Maximum von Naturwissenschaft und Technik. Maximum der Verantwortung (=Theodor-Litt-Jahrbuch 2012/8), Leipzig 2012, S. 191–198; für die ähnliche Situation in Frankreich siehe Kalmbach (wie Anm. 10), S. 83–87.

<sup>87</sup> Wolfram Mittelacher, Tränen, Trauer, Trümmer, Zorn, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide vom 10.12.1988; Westphalen (wie Anm. 49), S. 23f.

<sup>88</sup> Westphalen (wie Anm. 49).

kraft für die Energieversorgung nicht zu verantworten ist“.<sup>89</sup> Dies gilt auch für die letztlich in der Atomgesetzgebung in Deutschland entscheidende Bundesebene. Das bestätigt ein Blick auf deutschlandweite Meinungsumfragen. So fiel zwar nach Tschernobyl der Anteil derer, die die Atomenergie für einen wichtigen Garanten der Energieversorgung hielten infolge der Katastrophe ab – lag aber 1989 in einer Allensbach-Umfrage dennoch bei 54%.<sup>90</sup> So sehr der Verantwortungsbegriff in den Stader Debatten um die Kernenergie vom Bau des dortigen Kernkraftwerks bis zum Ende der 1980er Jahre also auch politisiert und mit verschiedenen Bedeutungen versehen worden war und so stark seine Verwendung gerade seitens der Kritiker auch zugenommen hatte – andere Begriffe und Themen innerhalb der Diskussionen wie etwa das mehrfach angesprochene Vertrauensverhältnis zu Behörden oder Kraftwerksbetreibern blieben dominant – und die Kernenergiebefürworter lokal wie national in den entscheidenden Verantwortungspositionen. Dies änderte sich erst, als die SPD unter Schröder die Regierung auf Bundesebene stellen konnte. Vor dem Hintergrund der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 wurde das Stader Kernkraftwerk im November 2003 abgeschaltet – was die Bürger/innen vor Ort mit gemischten Gefühlen beobachteten.<sup>91</sup>

Anschrift des Verfassers: Dr. Christian Götter, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Schleinitzstr. 13, 38106 Braunschweig, E-Mail: c.goetter@tu-bs.de

- 
- 89 Protokoll der Kreistagssitzung vom 15.12.1988; Antrag der Grünen vom 15.12.1988; beide Niedersächsisches Staatsarchiv Stade, Dep. 28 Nr. 769 – Niederschriften von Kreistagssitzungen 1987–1990.
- 90 Sophie Gerber, Küche, Kühlschrank, Kilowatt. Zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland, 1945–1990, Bielefeld 2015, S. 303.
- 91 Sonderseite, Stader Tageblatt vom 14.11.2003.

